

Ressort: Politik

Zeitung: Haushaltsausschuss lässt Nahles' Rentenkampagne prüfen

Berlin, 12.02.2014, 19:40 Uhr

GDN - Die Renten-Werbekampagne von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat offenbar ein Nachspiel: Nach Informationen von "Süddeutsche.de" hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am Mittwochnachmittag einstimmig den Bundesrechnungshof beauftragt, die hohen Ausgaben für die Kampagne zu überprüfen. Das Arbeitsministerium hatte vergangene Woche auf Anfrage von "Süddeutsche.de" erklärt, dass die bundesweite Werbekampagne für die Rente mit 63 und die Mütterrente etwa 1,15 Millionen Euro kosten werde.

Nach Ansicht der Opposition ist das nicht mit den Regeln der vorläufigen Haushaltsführung für das Jahr 2014 vereinbar. Sie wirft der Regierung Rechtsbeugung und Selbstbedienungsmentalität vor. Noch ist der Bundeshaushalt für das Jahr 2014 nicht verabschiedet. Die Ministerien sind bis zu einer Verabschiedung an eine besondere Ausgabendisziplin gebunden. Neue Projekte dürfen nicht angeschoben werden. Nahles hatte die Kampagne am 21. Januar vorbehaltlich eines Kabinettsbeschlusses über das Rentenpaket der Bundesregierung bewilligt. Nahles beruft sich jetzt auf eine Tischvorlage des Finanzministeriums für den Haushaltsausschuss aus dem Jahr 2006, die "Süddeutsche.de" vorliegt. Aus ihr geht unter anderem hervor, dass bewilligte Projekte auch unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung weitergeführt werden dürfen. Die aktuelle Rentenkampagne ist offenbar nach Ansicht des Arbeitsministeriums eine solche Fortführung - nämlich die einer noch von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) "angedachten" Werbekampagne für ihre Idee einer Lebensleistungsrente, soll die zuständige Staatssekretärin im Arbeitsministerium, Anette Kramme (SPD) im Ausschuss gesagt haben. Diese Lebensleistungsrente wurde jedoch nie umgesetzt. Es gibt dazu auch keinen Kabinettsbeschluss. Ekin Deligöz, grünes Mitglied im Haushaltsausschuss, hält das für eine "sehr weit hergeholte" Erklärung der Staatssekretärin. Das sei der "sehr dreiste Versuch, die haushaltspolitischen Grundsätze des Bundestages auszuhebeln". Und komme einer "Beugung des Haushaltsrechtes" gleich. Dem Arbeitsministerium warf sie "sehr überzeugte Selbstbedienungsmentalität" vor.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-29991/zeitung-haushaltsausschuss-laesst-nahles-rentenkampagne-pruefen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619